



Israel Kontrovers Nr. 15

15. Januar 2014

Das Atom-Abkommen mit dem Iran im innerisraelischen Streit

Am 20. Januar soll nun das Genfer Abkommen in Kraft treten, das im November des letzten Jahres zwischen den 5+1 Mächten und dem Iran bezüglich des iranischen Atomprogramms ausgehandelt wurde. Das Übergangsabkommen friert das iranische Atomprogramm auf dem jetzigen Stand ein, verbietet dem Staat u.a., Uran über 5% anzureichern und setzt verschärfte Kontrollen in den iranischen Anlagen durch. Im Gegenzug versprechen die 5+1 Mächte eine Lockerung der Sanktionen, die im Iran zu einer schweren Wirtschaftskrise geführt hatten. Das Interimsabkommen stellt damit einen Schritt auf den Weg zu weiteren Verhandlungen über das iranische Atomprogramm dar.

Während das Abkommen in den USA und Europa freudig begrüßt wurde, brandete in Israel Empörung und Ablehnung auf. Premierminister Benjamin Netanyahu bezeichnete das Abkommen als einen „historischen Fehler“ und Mitglieder seiner Partei Likud verglichen es gar mit dem Münchner Abkommen von 1938. Die israelischen Politikvertreter und die Öffentlichkeit befürchten, dass der Iran nur vordergründige Zugeständnisse macht, um den Westen zu täuschen, während er insgeheim immer noch nach Atomwaffen strebt. Israelische Atomwaffenexperten gehen weiterhin davon aus, dass der Iran trotz des Abkommens und dem darin enthaltenen Anreicherungsstopp innerhalb von vier bis sechs Monaten in der Lage ist, nukleare Sprengköpfe herzustellen. Damit ist in den Augen Netanyahus und vielen Israelis die Gefahr nicht gebannt, dass sich der Iran mit seinen Atomwaffen gegen Israel wenden wird, um seine israelfeindliche Rhetorik wahrzumachen und den jüdischen Staat auszulöschen. Naftali Bennet, Minister für Wirtschaft und Handel, betonte daher, dass Israel sich nicht an das Abkommen gebunden fühle und weiter sein Recht auf Selbstverteidigung ausüben werde, wenn die Sicherheit Israels durch das iranische Atomprogramm bedroht sei. Damit bleibt die Option eines israelischen Militärschlags gegen die iranischen Atomeinrichtungen auf dem Tisch. Allerdings ist ein Zusammengehen der USA und Israel in dieser Frage mit dem Abschluss des Abkommens unwahrscheinlicher geworden. Einen weiteren Gefahrenpunkt sieht Israel in den regionalen Implikationen des Abkommens. Wenn dem Iran der Zustand eines nuklearen Schwellenlandes zugebilligt werde, werden andere arabische Länder, wie etwa

Saudi-Arabien, auch nach diesem Status streben. Somit stelle das Genfer Abkommen auch den Startschuss für ein atomares Wettrüsten in der Region dar.

Jetzt, kurz vor der Umsetzung des Übergangsabkommens, sollen an dieser Stelle zwei Experten zu diesem Thema zu Wort kommen. Efraim Sneh ist Politiker und Physiker und war von 1992 bis 2008 Knessetabgeordneter der israelischen Labour Party. Helit Barel war Direktorin des israelischen Nationalen Sicherheitsrats. Ihre Schwerpunktthemen sind Rüstungskontrolle und nukleare Sicherheitspolitik.

Die Politiker der westlichen Staaten, die sich nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Iran schlussendlich auf erste Beschlüsse und Abkommen einigen konnten, feiern dies als großen Durchbruch. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer friedlicheren Region – ja sogar friedlicheren Welt.

Kritischer bewertet **Efraim Sneh** in seinem Beitrag die Ergebnisse der Verhandlungen von Genf. Aus seiner Sicht ließen sich die Verhandlungsführer von den Iranern blenden und haben den wahren Charakter dieses theokratischen Staates verkannt. Dieser sei, trotz aller Bekenntnisse und scheinbarer Zugeständnisse an die westliche Welt geprägt von Gewalt, Diskriminierung und Repression und dies sei strukturell bedingt. Die wahre Macht läge seit der Revolution bei nicht-gewählten Theokraten und deren Ideologie, die der aufgeklärten und freien Gesellschaft des Westens konträr gegenüber stehe. Auch ein scheinbar frei gewählter und moderater neuer Präsident Rohani habe sich den religiösen Führern unterzuordnen.

Die Machthaber des Iran folgen, trotz aller Zugeständnisse nach außen, noch immer der Linie, ihren Einfluss und ihre Macht in der Region zu mehren – sei es mit Terror, (atomar bestückter) Waffen oder Geld. Gerade Letzteres spiele auf dem Weg zu einer Großmacht eine zentrale Rolle und sei durch die weitreichenden Sanktionen der letzten Jahre in schwere Turbulenzen geraten. Nur wenn diese Sanktionen gelockert und die enormen Ölreserven des Iran wieder exportiert werden könnten, würden die Milliarden an Dollar in den Staatshaushalt fließen. Damit könnte das militärische Aufrüsten ungehindert weiter gehen. Denn auch wenn Teile der atomaren Materialien vernichtet werden, die Strukturen dahinter bleiben bestehen. Den USA sei vorerst nur wichtig, den Iran die nächsten Jahre bis zur US-Wahl atomwaffenfrei zu halten – die langfristige Entwicklung rückt dabei in den Hintergrund. Nebenbei würden westliche Firmen von neuen Öldeals profitieren.

Efraim Sneh sieht die Zugeständnisse von Genf als bloßes „Bauernopfer“ der iranischen Machthaber, um die maroden Finanzen des Staates zu sanieren und somit langfristig die Macht des islamischen Staates in der Region und auf der Weltbühne auszuweiten – mit allen verfügbaren Mitteln.

Helit Barel plädiert dagegen für eine pragmatischere Sichtweise Israels auf das Genfer Abkommen. Es bereits jetzt als einen schwerwiegenden Fehler zu bezeichnen sei verfrüht. Um so eine Einschätzung treffen zu können, müsse man erst den Verlauf der noch

ausstehenden Verhandlungen abwarten. Zwar erfülle das Abkommen nicht das gewünschte Maß an iranischen Konzessionen, da keine vollständige Offenlegung des iranischen Atomprogramms erreicht wurde und es auch nicht vollständig abgebaut werde. Damit sei die atomare Bedrohung nicht gebannt, sondern dem Iran werde die Chance gegeben, sich auf internationale Parkett wieder Legitimität zu verschaffen. Allerdings habe der Iran dafür auch nur kleine Zugeständnisse in Bezug auf die Sanktionen erhalten. Immerhin zögere das Interimsabkommen den Zeitpunkt, an dem der Iran eine Atombombe besitzt, heraus und verschaffe so mehr Zeit für Verhandlungen.

Die Ergebnisse des Abkommens müssen in Barels Augen in Bezug auf die anderen möglichen Optionen bewertet werden. Weiter auf Sanktionen zu bauen und zu hoffen, dass die iranische Führung unter ihnen zusammenbrechen werde, sei ein gefährliches Spiel mit der Zeit. Ein israelischer Militärschlag zusammen mit den USA sei schwer zu koordinieren und ein israelischer Alleingang sei keine wirkliche Alternative.

Anstatt in Panik zu verfallen und den öffentlichen Diskurs weiter anzuheizen, solle Israel eine pragmatischere Position einnehmen und sich fragen, was noch getan werden kann, um das iranische Atomprogramm zu verzögern. Dazu gehört auch, dass es konstruktiv an den Verhandlungen mitarbeitet. Gleichzeitig müssen die westlichen Mächte Israels Sicherheitsbedenken ernst nehmen und es stärker mit einbeziehen. Dazu gehöre auch, regionale Auswirkungen, wie etwa auf den israelisch-palästinensischen Konflikt oder ein atomares Wettrüsten im Mittleren Osten, mit zu berücksichtigen. Die Erwartungen an das Interimsabkommen dürften nicht zu hoch geschraubt werden – schließlich sei es erst der erste Schritt auf einem langen Weg von Verhandlungen.

Dr. Werner Puschra, Direktor FES-Büro Israel
Herzliya, 15. Januar 2014

Das Genfer Übergangsabkommen und seine Auswirkungen auf Israel

von Helit Barel

Das Übergangsabkommen, das im November 2013 in Genf zwischen der P5+1 Gruppe und dem Iran unterzeichnet wurde, hat in Israel eine lebhafte öffentliche Debatte losgetreten, die zeitweise die Grenze zur Hysterie überschritt. Premierminister Netanjahu bezeichnete das Übergangsabkommen als einen „historischen Fehler“, andere Stimmen verglichen es mit dem Münchener Abkommen von 1938, und die Knesset-Abgeordnete Tzahi Hanegbi (Likud) erklärte es zu einer „moralischen Niederlage“. Anstatt darüber zu diskutieren, wie das Atomwaffenprogramm des Irans verzögert oder gar gestoppt werden kann, wurde in Israel bald über regionale und ideologische Rivalitäten debattiert. In dem öffentlichen Diskurs tauchten immer wieder Theorien über Domino-Effekte auf, die die Verbreitung von Atomwaffen im Mittleren Osten und den globalen Niedergang der westlichen Macht in der Region prophezeiten. Angesichts dieser Reaktionen ist es notwendig zu reflektieren, welche israelischen Sicherheitsinteressen überhaupt primär von dem Abkommen betroffen sind. Israels oberstes Ziel ist es schließlich zu verhindern, dass sich der Iran zu einer Atommacht entwickelt. Dies soll aber nicht heißen, dass andere Elemente der iranischen Politik die Israel betreffen, nicht bedrohlich oder problematisch seien. Allerdings bedroht Irans Unterstützung terroristischer Organisationen, seine ständige Einmischung in

den israelisch-palästinensischen Konflikt und seine verachtenswerte ideologische Rhetorik die Existenz des Staates Israel nicht. Aus diesem Grund ist das iranische Nuklearprogramm das wichtigste Thema, das Israels Aufmerksamkeit verdient. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass Panik nie eine gute Beraterin in der Außenpolitik ist.

Das Übergangsabkommen

Es ist nicht gerechtfertigt, das Genfer Abkommen als dramatischen Fehler oder als Kapitulation der P5+1 Gruppe zu verurteilen, wenn man die für Israel wichtigste Frage berücksichtigt, wie viel Zeit der Iran noch bis zur militärischen Atomwaffenfähigkeit benötigt.

Zur Erinnerung: Der Iran hat sich bei dem Übergangsabkommen dazu verpflichtet, die Weiterentwicklung seines Zentrifugenprogramms auszusetzen (dies beinhaltet einen Anreicherungsstopp durch den Gebrauch fortgeschrittener Zentrifugen und die Installation von Neuen), seinen Vorrat von 20 % angereichertem Uran dadurch zu eliminieren, dass die Hälfte davon in Oxide umgewandelt und die verbleibende andere Hälfte auf ein Anreicherungs-niveau von nicht mehr als 5 % gesenkt werden. Des Weiteren wurde verbindlich festgelegt, dass der Iran den Bau einer Schwerwasser-Anlage in Arak stoppt und IAEO-Inspektoren besseren Zugang zu den Anlagen gewährt. Ein erster Besuch hat in Arak bereits stattgefunden. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll das iranische Atomprogramm um sechs Monate verzögert werden.

Das Übergangsabkommen steht in Israel aufgrund seiner begrenzten Erfolge in der Kritik, da die Anforderungen, die die vier

Resolutionen des UN-Sicherheitsrats stellen, nicht vollständig erfüllt werden. Insbesondere die Anforderungen der Resolution 1737, die die Einstellung „aller anreicherungsbezogener und Wiederaufbereitungs-Aktivitäten, einschließlich Forschung und Entwicklung; sowie Arbeit an Projekten, die mit Schwerwasser in Verbindung stehen, einschließlich der Konstruktion eines mit Schwerwasser moderierten Forschungsreaktors“ fordert, wird nicht umgesetzt. Das Abkommen zwingt den Iran gerade nicht zum Abbau der Infrastruktur seines Programmes, sondern friert das Programm lediglich auf dem derzeitigen Stand ein. Dem Iran wird somit die Wiederaufnahme seiner atomaren Aktivitäten in sechs Monaten gestattet, sollte eine umfassende Einigung bis dahin nicht erzielt worden sein. Eine Lesart des Übergangsabkommens sieht in ihm daher die de-facto Akzeptanz der iranischen Anreicherungs-fähigkeit, die selbst im Falle einer umfassenden Einigung beibehalten würde. Darüber hinaus versagt das Abkommen insofern, als dass es weder die Forderungen der IAEO nach einer vollständigen Offenlegung der verschiedenen militärischen Aspekte des Atomwaffenprogramms des Irans enthält, noch eine Möglichkeit zur Untersuchung geheimer Nuklearaktivitäten und Technologien bietet.

Letztendlich beanstanden die Gegner des Übergangsabkommens also, dass es die atomare Bedrohung durch den Iran nicht eliminiert, sondern vielmehr den Iran in der Position eines nuklearen Schwellenstaates belässt, der sich innerhalb von Monaten zu einer militärischen Atom-macht entwickeln kann. Generalmajor a.D. Amos Yadlin, der frühere Leiter des

Geheimdienstes bei den israelischen Streitkräften dazu: „Der Iran wurde nicht durch das Übergangsabkommen zu einem Schwellenstaat, vielmehr war der Iran bereits ein solcher, bevor das Abkommen unterzeichnet wurde.“ Gleichzeitig ebnet das Abkommen dem Iran den Weg zur Aufhebung der Sanktionen und zur Wiederherstellung seiner Legitimität innerhalb der internationalen Gemeinschaft.

Diese Bedenken gegenüber dem Übergangsabkommen machen deutlich, dass noch weiterer Verhandlungsbedarf besteht. Allerdings muss auch daran erinnert werden, dass es sich eben gerade um ein Interimsabkommen handelt, dessen Aufgabe darin besteht, die Möglichkeit zu verlängerten und intensiveren Verhandlungen zu schaffen. Bei diesem Abkommen handelt es sich also um den ersten Schritt auf einem langen Weg von Verhandlungen. Somit wächst die Hoffnung auf eine längerfristige und umfassendere Übereinkunft, in der die Hauptbedenken gegenüber dem Atomprogramm des Irans behandelt werden. Es muss zugegeben werden, dass der Iran sehr viel weniger aufgegeben hat als wünschenswert gewesen wäre. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, dass er dafür nur eine marginale Erleichterung der Sanktionen erhalten hat, geschätzt auf nicht mehr als 7 bis 9 Milliarden US-Dollar. Angesichts der bedauerlichen Realität eines atomfähigen Irans lautet die entscheidende Frage deshalb, was sonst hätte getan werden können, um die Durchbruchzeit zu verlängern oder noch besser, das iranische Nuklearprogramm gänzlich zu stoppen.

Wie jede politische Option sollte auch das Übergangsabkommen in Bezug zu anderen zur Wahl stehenden Optionen beurteilt werden. Diese bestehen hauptsächlich in der Beibehaltung des Status quo (mit einigen möglichen Variationen) und in der Möglichkeit eines Militärschlags, der entweder von Israel alleine oder in Kooperation mit den Vereinigten Staaten durchgeführt werden könnte. Premierminister Netanjahu favorisiert offenbar die erste Option. In seinen Augen sollen die Sanktionen aufrecht erhalten oder sogar geringfügig ausgeweitet werden, um die iranische Führung zu stürzen und so das Atomprogramm zu beenden. Diese Option sorgt allerdings, im Gegensatz zu dem Genfer Abkommen, weder für einen sofortigen Stopp noch für eine Beschneidung des iranischen Nuklearprogramms. Vielmehr steht diese Sichtweise exemplarisch für einen Alles-oder-Nichts-Ansatz, der mit jedem vergangenen Tag eine Entwicklung des Irans hin zur militärischen Atomwaffenfähigkeit riskiert. Die Problematik dieses Ansatzes ist offensichtlich: Der Iran könnte trotz der Sanktionen seine militärische Atomwaffenfähigkeit erreichen und das noch, bevor die Sanktionen den erwünschten Zusammenbruch herbeigeführt haben. Im Gegensatz zu Netanjahus Perspektive sieht die P5+1 Gruppe die Sanktionen als Mittel, den Iran zu ernsthaften Verhandlungen zu zwingen. Unter diesem Aspekt waren sie bisher auch erfolgreich. Dennoch ist es wichtig festzuhalten, dass diese politische Maßnahme sicherlich solange von Nutzen war, wie der Iran nicht verhandlungsbereit war. Sie muss möglicherweise auch wieder eingesetzt werden, sollte das Genfer Abkommen oder die Verhandlungen über ein umfassendes

Übereinkommen scheitern. Positiv hervorzuheben ist, dass im Genfer Abkommen die Sanktionen aufrecht erhalten werden und so weiterhin Druck auf den Iran ausgeübt wird, vereinbarte Maßnahmen zu implementieren und die Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen weiterzuführen.

Die andere Alternative zu dem in Genf unterzeichneten Abkommen liegt natürlich in einer Militäraktion, die von Israel und/oder den Vereinigten Staaten ausgeführt wird. Sowohl Premierminister Netanjahu als auch Präsident Obama haben wiederholt betont, dass die militärische Option „auf dem Tisch“ liege und damit ihrer Bereitschaft Ausdruck verliehen, eine militärische Atomfähigkeit des Irans, falls notwendig, auch mit einem Militärschlag zu verhindern. Allerdings haben sowohl amerikanische als auch israelische Vertreter Meinungsverschiedenheiten darüber eingeräumt, welche Indikatoren zu einem Militärschlag führen sollen. Vor allem herrscht Uneinigkeit darüber, in welchem Zeitrahmen eine solche Aktion stattfinden würde, zumal das Übergangsabkommen ein Klima erzeugt hat, in dem ein unilateraler Schlag von Israel äußerst schwierig durchzuführen wäre. Allerdings hat Premierminister Netanjahu darauf hingewiesen, dass Israel durch das Abkommen nicht gebunden sei. Mit dieser Aussage bewahrt er sich die Option eines israelischen Militärschlags. In Anbetracht dessen, was für Israel auf dem Spiel steht, erscheint dieser Standpunkt nur logisch. Er ist auch insofern hilfreich, als dass er die militärische Option glaubwürdig aufrecht erhält und die P5+1 Gruppe im Verhandlungsprozess unterstützt, indem er ein Gegengewicht zum Iran setzt,

dessen Erfolgsbilanz nicht sehr beruhigend ist. Die entscheidende Frage für Israels politische Entscheidungsträger sollte allerdings lauten, wie sinnvoll ein unilateraler Schlag Israels gegen den Iran für die Verzögerung des iranischen Nuklearprogramms wäre und wie die Kosten-Nutzen-Analyse eines solchen Schlages im Vergleich zu der Verzögerung aussähe, die durch das Genfer Abkommen erreicht wurde.

Betrachtet man das Übergangsabkommen im Kontext von möglichen alternativen Vorgehensweisen in Bezug auf das Atomprogramm des Irans, erscheint es insgesamt als eine akzeptable politische Maßnahme. Es verschafft mehr Zeit für weiterführende Verhandlungen und hält gleichzeitig Optionen für andere politische Maßnahmen offen. Die weitere Fortsetzung dieses Weges wird stark davon abhängig sein, welche Ergebnisse in den kommenden Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen erreicht werden.

Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen?

Ob Israel einem umfassenden Abkommen zustimmen wird oder nicht, hängt davon ab, inwieweit israelische Sicherheitsbedenken berücksichtigt werden. Die nächste Verhandlungsphase ist dafür entscheidend. Israel muss daher eng mit den P5+1 Staaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass seine Kernanlagen auf umfassendere Weise behandelt werden, und dass der Verhandlungsprozess pragmatisch und zweckdienlich abläuft. Während dieses Prozesses ist es unabdingbar, dass alle Verpflichtungen aus dem Übergangsabkommen erfüllt

und alle Zeitfenster streng eingehalten werden, während gleichzeitig sowohl die Sanktionen aufrecht erhalten werden als auch eine Militäraktion als eine mögliche Alternativen zum Verhandlungsprozess bestehen bleibt. Es ist zudem unerlässlich, dass die P5+1 Gruppe an ihrem Entschluss festhält, das iranische Atomwaffenprogramm zu beenden und auch bereit ist, den Verhandlungstisch gegebenenfalls dafür zu verlassen. Dieser letzte Punkt ist insofern besonders wichtig, als dass der Erfolgsdruck, schnell ein Abkommen erreichen zu wollen, keinesfalls dazu führen darf, dass Kernanlagen ausgeklammert oder gar aufgegeben werden. Außerdem darf sich die P5+1 Gruppe nicht dazu verleiten lassen, einer schrittweisen Rahmenvereinbarung zuzustimmen, da eine solche nur ihre Macht schwächen würde.

Bei den Sachfragen müssen die Verhandlenden mehrere Kernthemen im Fokus behalten:

- Der Umfang des Zentrifugenprogramms: Wie viele und welche Art von Zentrifugen soll der Iran behalten dürfen?
- Der Vorrat an angereichertem Uran: Wird er aus dem Land entfernt werden?
- Wie sieht die Zukunft der Fordo-Anlage aus?
- Wird die Anlage in Arak in einen Leichtwasser-Reaktor überführt oder geschlossen?
- Wird der Iran das Zusatzprotokoll unterschreiben? Wird er weitreichendere

Inspektionsmechanismen sowie die Möglichkeit, nach geheimen Standorten zu suchen, akzeptieren?

- Wird es Forderungen an den Iran geben, restlos mit der IAEO zu kooperieren, ihre Ansprüche vollständig zu erfüllen und offene Fragen zu den militärischen Aspekten seines Programms offen zu beantworten?
- Wird der Iran seine Anreicherungsfähigkeiten beibehalten? Wenn ja, in welchem Ausmaß?

Letzten Endes wird Israel (genauso wie die Vereinigten Staaten und die EU-Nationen) mit der Behandlung dieser Fragen das iranische Programm soweit wie möglich zurückstufen und die potenzielle Durchbruchzeit so weit wie möglich verlängern wollen. Die Kernfragen werden dabei sein, was und wie viel davon schließlich realisierbar sein wird und worin die Unterschiede bestehen zwischen den Anforderungen Israels und denen der P5+1 Gruppe. Angenommen, eine Durchbruchzeit von ungefähr sechs Monaten würde erreicht, würde dies die P5+1 Gruppe zufrieden stellen? Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die israelischen Entscheidungsträger sich damit zufrieden geben würden, da sie die Durchbruchzeit lieber in Jahren als in Monaten messen wollen. Eine weitere Frage ist, was passiert, wenn die Verhandlungen scheitern. Präsident Obama räumt dem Prozess Berichten zufolge eine 50:50-Chance ein, und auch Staatssekretär Kerry hat ernsthafte Zweifel an der Möglichkeit geäußert, ein umfassendes

Abkommen zu erzielen. Wird die P5+1 Gruppe im Falle eines Misserfolges sofort wieder Sanktionen einsetzen? Oder wird sie den nächsten Schritt gehen und den UN-Sicherheitsrat um Erlaubnis bitten, militärisch eingreifen zu dürfen?

Es ist überflüssig darauf hinzuweisen, dass die Anhörung, Berücksichtigung und Behandlung von Israels Sicherheitsinteressen von äußerster Wichtigkeit ist. Israel sollte sicherlich eine pragmatischere Vorgehensweise einschlagen und intensiv daran arbeiten, die Verhandlungspositionen der P5+1 Gruppe zu beeinflussen. Dabei sollte irrelevante Rhetorik über München bei Seite gelassen werden. Israel muss sich außerdem von seiner Haltung verabschieden, dass Verhandlungen mit dem Iran per se (sei es im Rahmen der P5+1 Gruppe oder in einem bilateralen Rahmen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran) bereits einer Krise gleichkommen. Es muss sich vielmehr wieder ausschließlich auf das atomare Problem konzentrieren. Angst vor einer Annäherung mit dem Iran sollte Israel nämlich nicht dazu verleiten, die Chance auszulassen, bei der atomaren Frage Zeit zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten und die E3 ihrerseits müssen eng und mit größerer Transparenz mit Israel zusammenarbeiten und Israel aktiv in den Prozess mit einbinden. Gleichzeitig müssen sie Meinungsverschiedenheiten identifizieren und zu überbrücken versuchen, um somit sicherzustellen, dass Israel nicht in eine „mit dem Rücken zur Wand“-Position gerät. Die internationale Gemeinschaft muss dabei stets im Hinterkopf behalten, dass das, was für sie auf dem Spiel steht für Israel ungleich mehr auf dem Spiel steht.

Regionale Auswirkungen der P5+1-Verhandlungen mit dem Iran

Einige der besorgteren Stimmen in Israel haben das Übergangsabkommen mit dem Iran zum Startschuss für ein unvermeidliches nukleares Wettrüsten im Mittleren Osten erklärt, da andere Nationen in der Region wie Saudi-Arabien, Ägypten und die Türkei nicht tatenlos zusehen werden, wie dem Iran der Status eines nuklearen Schwellenlandes zugebilligt werde. Die Sorge verschiedener Staaten im Mittleren Osten im Hinblick auf Irans atomare Fähigkeiten dürfen nicht unterschätzt werden. In den vergangenen zehn Jahren haben einige Staaten der Region verstärkt Interesse an Atomkraft gezeigt. Vor diesem Hintergrund muss festgehalten werden, dass dies eines der Probleme darstellt, das tatsächlich angegangen werden kann, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Von „Atoms for Peace“ über den Atomwaffensperrvertrag und mit Hilfe regionaler Sicherheitsvorkehrungen, wie der NATO und bilateralen Abkommen wie dem zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, wurden neue und ideenreiche Rahmenregelungen geschaffen. Als Präsident Kennedy in den 1960er Jahren voraussagte, dass innerhalb weniger Jahrzehnte 20 Staaten über Atomkraft verfügen werden, lag er damit zwar offensichtlich falsch, aber nur aufgrund dieser Anstrengungen, die sich in kreativen Rahmenbedingungen mit den Sicherheitsinteressen von nicht - atomaren Staaten auseinandersetzten und so schließlich einige Nationen zur Abkehr von der nuklearen Option bewegt haben.

Deshalb ist die Ausbreitung der Atomwaffenfähigkeit im Mittleren Osten alles andere als unausweichlich. Dennoch erfor-

dert dieses Szenario das Eingreifen der europäischen Nationen sowie der Vereinigten Staaten. Sie müssen in einem einschlägigen Rahmenwerk Sicherheitsgarantien für die moderaten Länder des Mittleren Ostens gewähren, sodass ihr Bedarf an eigener Nuklearkapazität hinfällig wird. Einer der interessanten Aspekte des Übergangsabkommens mit dem Iran besteht in der engen Kooperation, die sich Berichten zufolge zwischen Israel und Saudi - Arabien entwickelt hat. Sie machen das Ausmaß deutlich, in dem sich die Interessen beider Länder in dieser Angelegenheit überlappen. Es sind solche Interessensübereinstimmungen, die eine wichtige Chance eröffnen, ein neues regionales Rahmenwerk zum Thema Waffenkontrolle zu kreieren. Sicherlich würden viele Hindernisse einem solchen Unterfangen im Weg stehen, darunter die Absage der arabischen Staaten an das Konzept einer atomwaffenfreien Zone, die Herausforderungen, vor denen ihrer Regierungen durch den Arabischen Frühling stehen, und der Status des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dennoch, so groß diese Aufgabe auch sein mag, ist sie bei Weitem nicht so groß wie das Risiko eines multi-nuklearen Mittleren Ostens, der tatsächlich ein Albtraum-Szenario darstellt. Diese Aufgabe kann nur dann verwirklicht werden, wenn die EU und die Vereinigten Staaten zusammen an der Erstellung und Förderung einer solchen Option außerhalb des Nichtverbreitungsvertrags arbeiten, indem sie weitreichende Sicherheitsgarantien und die nötigen Anreize für die moderaten Staaten des Mittleren Ostens schaffen.

Die Iran-Frage und der israelisch-

palästinensischer Konflikt

Innerhalb der israelischen Debatte herrscht einige Verwirrung über einen möglichen Zusammenhang zwischen der palästinensischen und der iranischen Frage. Auf der einen Seite haben der Knesset-Abgeordnete Reuven Rivlin (Likud), früherer Parlamentspräsident, und viele andere vor der Verbindung dieser beider Themen gewarnt und sie als Versuch gewertet, Israel Konzessionen in der palästinensischen Frage aufzuzwingen. Auf der anderen Seite hat Premierminister Netanjahu selbst erklärt, dass es solange nicht zum Frieden mit den Palästinensern kommen werde, solange die Iran - Frage ungeklärt bleibe. Außerdem beschuldigte er erst vor kurzem den Minister für Bau und Wohnungswesen, die iranische Front durch die Förderung eines Bebauungsplans in den Siedlungen zu unterminieren. Es besteht also ganz offensichtlich doch eine Verbindung.

Israel stand lange aufgrund seiner Politik den Palästinensern gegenüber im Allgemeinen und für seine Siedlungspolitik im Besonderen unter schärfster internationaler Beobachtung. Es kann generell kaum Zweifel daran herrschen, dass Israels geschwächte Legitimität seine Optionen und Handlungsspielräume in der internationalen Arena schwerwiegend einschränkt. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass, wie in den meisten Szenarien, die Iran-Frage von der israelischen Seite im Palästina-Konflikt einen Tribut fordern wird. Deshalb werden sich sowohl der innen- als auch der außenpolitische Fokus, wenn alle guten Hoffnungen wahr werden sollten und ein umfassendes Abkommen erzielt und die Gefahr einer militärischen Bedrohung seitens des Irans gebannt

wird, wieder auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ausrichten. Dann wäre Israel an der Reihe, Konzessionen zu machen. Sollten die Verhandlungen allerdings scheitern oder auf der Stelle treten und Israel versuchen, internationale Unterstützung für eine entschiedene Aktion zu sammeln, sei diese nun militärisch oder anderweitig ausgerichtet, so wird sein Legitimationsbedarf mit Sicherheit in einem erhöhten Druck auf die palästinensische Seite resultieren. Ob mit dem iranischen Atomprogramm oder ohne, den israelischen Sicherheitsbedürfnissen ist natürlich am besten mit ernsthaften Verhandlungen mit den Palästinensern auf der Basis der bekannten Gleichung von Grenzen von 1967 gegen Gebietstausch gedient.

Fazit

Das Übergangsabkommen, das in Genf am 24. November 2013 zwischen der P5+1 Gruppe und dem Iran unterzeichnet wurde, stellt weder für Israel noch für den Mittleren Osten eine Katastrophe dar, insbesondere dann nicht, wenn man sich die politischen Alternativen vor Augen hält. Aus all den Gründen, die oben ausgeführt worden sind, sollte Israel jetzt eine konstruktive Haltung einnehmen, mit der es zu einem relevanten Partner im Verhandlungsprozess wird. Israel muss das Abkommen nicht mögen, aber es muss mit der Realität leben, die dieses Abkommen jetzt geschaffen hat. Vor allem muss es das Hauptproblem im Auge behalten, wobei das Hauptproblem im Vorrücken des Irans an die militärische Atomwaffenfähigkeit besteht. Andere Probleme zwischen Israel und Iran bleiben offen, doch diese werden im Rahmen der gegenwärtigen Verhandlungen weder

gelöst noch sind sie so bedrohlich wie die atomare Frage.

Helit Barel ist Vorstandsmitglied des Council for Peace and Security, sie ist ehemalige Direktorin des israelischen Nationalen Sicherheitsrates und die ehemalige Generaldirektorin des Rates für Frieden und Sicherheit.

Das Genfer Abkommen – Irans Bauernopfer auf dem Weg zur Großmacht

von Dr. Ephraim Sneh

Der grundlegende Irrtum all derer, die mit dem Iran verhandeln, besteht darin, dass sie den Charakter des dortigen Regimes verkennen.

Dieses Regime beruht auf einer Ideologie, von welcher sich seine Bestrebungen und Ziele ableiten.

Die Ideologie ist jene des extremen schiitischen Islam, der die islamische Religion und dessen schiitische Richtung als geistige Grundlage des iranischen Staates ansieht. Aus der Perspektive der Ajatollahs, die den Iran anführen, hat das Regime die Aufgabe dieser Ideologie zu dienen. Der wichtigste Leitsatz des iranischen Regimes lautet *Veliat-a-faqi*, zu Deutsch „Herrschaft des religiösen Rechtgelehrten“. Mit anderen Worten, der oberste religiöse Führer ist die höchste Instanz im iranischen Staat, nicht der gewählte Staatspräsident oder der gewählte Premierminister. Es handelt sich also um eine Theokratie – eine Herrschaft der Religion. Nach innen versucht das Regime, die Gesetze der Scharia und den islamischen Verhaltenscode durchzusetzen. Diese kommen verschiedentlich zum Ausdruck: bei der Trennung zwischen den Geschlechtern, der Diskriminierung der Frau, der Todesstrafe für Ehebruch durch Steinigung, dem Verbot westlicher Musik und westlich geprägter Kleidung und durch weitere Verbote in sämtlichen Lebensbereichen. Diese Verbote werden von der Basidsch, einer paramilitärischen Miliz der Revolutionsgarden, einer Art religiöser „Sittenpolizei“, in aller Härte durchgesetzt. Basidsch-Milizen peitschen zum Beispiel öffentlich Frauen aus, die auf offener Straße in „unzüchtiger“ Kleidung angetroffen werden. Die Bas-

sidsch ist führend bei der Niederschlagung von Kundgebungen der Opposition beteiligt und geht dabei besonders brutal vor.

Die iranische Demokratie existiert nur zum Anschein und unterliegt dem Diktat des obersten Rechtsgelehrten. Der gewählte Präsident, Hassan Rohani, wird von allen Seiten bewundert, dabei scheint jedoch die Tatsache ignoriert zu werden, dass er nur der gemäßigtste eines halben Dutzends Kandidaten war, die vom Gelehrtenrat zugelassen wurden, der wiederum dem obersten geistigen Führer untersteht. Hunderte andere Kandidaten lehnte der sogenannte Wächterrat ab, da sie nicht das Vertrauen Chameneis genossen. Dasselbe gilt auch bei den Parlamentswahlen. Nur vom Wächterrat zugelassene Kandidaten dürfen sich überhaupt zur Wahl stellen.

Laut offizieller Staatsideologie beansprucht der Iran die Führung über die 1,25 Milliarden Muslime auf der ganzen Welt. Zu diesem Zweck muss der Iran die islamische Revolution in sämtliche islamische Länder exportieren und selbst die Rolle einer Großmacht einnehmen. Der vorherige iranische Präsident formulierte es so: „...Amerika ist die untergehende Sonne, der Iran die aufgehende Sonne“. Auf dem Weg zur Weltmacht strebt der Iran die regionale Vorherrschaft an. Dabei ist es ihm bisher gelungen, seinen Willen der irakischen Regierung unter Nuri Al-Maliki aufzuzwingen, ebenso dem Libanon durch die Hisbollah. Der Iran unternimmt zudem alles in seiner Macht stehende, um seine Vormachtstellung in Syrien nicht zu verlieren, indem er militärisch zu Gunsten des Assad-Regimes

eingreift. Das iranische Regime hat in den Reihen der Revolutionsgarden die so genannten Quds-Brigaden aufgestellt, die von Qassem Suleimani geführt werden und deren Aufgabe darin besteht, mit den Mitteln des politischen Umsturzes und Terrors den iranischen Einfluss im Ausland zu verbreiten. Die Quds-Einheit ist in Dutzenden von Staaten in Westafrika und Lateinamerika sowie in Aserbeidschan aktiv und stützt sich dabei vor allem auf lokale schiitische Bevölkerungsgruppen. Der iranische Geheimdienst und die Quds-Einheit unterhalten aktive Zellen und halbaktive Schläfer in Dutzenden von Staaten weltweit. In mehreren Staaten wurden solche Zellen bereits zur Ausführung von Terroranschlägen genutzt, darunter in Tiflis, Neu Delhi, Baku, Bangkok, Buenos Aires und anderswo. Zur Erinnerung, der verheerende Terroranschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires ereignete sich, als Hassan Rohani den nationalen Sicherheitsrat des Iran anführte.

Terror und Umsturzversuche sind aber nur eines von mehreren Mitteln, die der Iran nutzt, um seinen Einfluss in anderen Ländern auszuweiten. Ein anderes Mittel ist das große Arsenal von Langstreckenraketen. Der Iran verfügt derzeit nicht nur über ballistische Raketen mit einer Reichweite von 2.000 km mit denen die Länder des Nahen Osten abgedeckt werden, sondern auch über ballistische Raketen, die derzeit sogar Moskau, Neu Delhi und Athen erreichen können. Die Entwicklung solcher Raketen dauert an, sodass in wenigen Jahren eine Reichweite von 3.500 km oder mehr möglich sein dürfte. Sämtliche europäischen Hauptstädte liegen dann in Reichweite

iranischer Raketen. Das bedeutet, dass der Iran dann die meisten westeuropäischen Demokratien, Russland, Indien und Südasien bedrohen könnte.

Die atomare Bewaffnung, die der Iran entwickelt, dient vor allem als Eintrittskarte in den Kreis der Großmächte. Doch sollte der Iran die Langstreckenraketen mit Atomwaffen bestücken, erhalten die Bedrohung und Erpressung eine neue, atomare Dimension. Der Gefechtskopf etwa einer Rakete des Typs „Aschura“, der 500 Kg konventionellen Sprengstoff tragen kann, ist nicht zu vergleichen mit einem atomar bestückten Gefechtskopf desselben Typs. Kein Staat wird sich dem Diktat des Iran widersetzen, wenn er mit Atomwaffen bedroht wird. Diese Waffen wird der Iran mit Hilfe seines ballistischen Raketenarsenals auf Dutzende von Ländern abschießen können. So entstehen Supermächte, und das ist die Bestrebung der herrschenden Ajatollahs in Teheran.

Ein weiteres Mittel, das die iranischen Machthaber einzusetzen bestrebt sind, um dem Iran den Status einer Supermacht zu verschaffen, ist das Erdöl oder, genauer, auch des Erdgases. Früher hat der Iran 4 Millionen Fass Erdöl pro Tag gefördert. Derzeit sind es aufgrund der Sanktionen nur noch eine Million pro Tag. Der Iran gehört zu den Ländern mit den weltweit größten Erdgasreserven, die zudem noch weitgehend unangetastet sind. Das Land ist in erster Linie bestrebt, Saudi-Arabien die Rolle als Preismacher am internationalen Erdölmarkt streitig zu machen. Dazu soll die eigene Erdölförderung über die frühere Höchstmarke hinaus gesteigert werden und das iranische

Erdöl zusammen mit dem Öl des Irak, der sich (mit Ausnahme von Kurdistan) bereits heute im iranischen Einflusskreis befindet, am Markt auftreten. Zusammengefasst könnten die iranische und die irakische Ölförderung die saudi-arabische Ölproduktion übersteigen und damit Saudi-Arabien als dominanten Faktor am Markt ablösen. Der Iran wartet nur darauf, dass die Sanktionen aufgehoben werden, um den Verkauf seines Gases anzukurbeln, sowohl aus geopolitischen Überlegungen als auch um dem Staat zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Die Erlöse aus dem Erdölexport sind die Haupteinnahmequelle des Iran und der Motor der Aufrüstung, der subversiven Aktivitäten im Ausland sowie der Finanzierung von Terrororganisationen. Erst an letzter Stelle soll von diesen Einnahmen auch noch das iranische Volk ernährt werden. Mit anderen Worten, die Erdölindustrie ist ein Grundstein der Existenz des iranischen Regimes. Wird diese durch Sanktionen wesentlich geschwächt, kann das die Stabilität des Regimes stark gefährden und zu dessen Zusammenbruch führen. Die Wiederbelebung und Erweiterung der iranischen Erdöl- und Erdgasindustrie, die durch die Aufweichung der Sanktionen möglich wird, dürfte den hegemonialen Bestrebungen des iranischen Regimes Auftrieb geben und es gegen innenpolitische Proteste und Umsturzversuche schützen. Darin liegt die eigentliche Bedeutung von Rohanis Mission in Genf. Aufgrund seines Rufs als gemäßigter Politiker wurde er vom obersten Führer Chamenei eingesetzt, um das Sanktionsregime zu Fall zu bringen. Chamenei hat beschlossen, vorübergehend und auch nur zum Schein, das atomare Instrument der Rettung des energetisch-

finanziellen Instruments des Regimes zu opfern. Ist Geld vorhanden, wird es auch die atomare Option geben, ohne Geld geht sie verloren, und auch der Fortbestand des Regimes wäre gefährdet. So sind die jüngsten Schachzüge des Iran zu verstehen – sie bezwecken die Machterhaltung und die Umsetzung seiner langfristigen Bestrebungen.

Das Genfer Abkommen wird diesen Zweck erfüllen. Sämtliche iranischen Anlagen werden unangetastet bleiben, und keine der iranischen Fähigkeiten wird unwiederbringlich beeinträchtigt. Doch das Sanktionsregime wird seine Schlagkraft verlieren. Bereits vor einigen Monaten soll die USA, Quellen im Ausland zufolge, darauf verzichtet haben, Verstöße gegen die Sanktionen zu ahnden. Der Verzicht auf aktive Ahndung ist der bequemste Weg, die Sanktionen zu beseitigen. Dazu brauchen sie nicht vom Kongress aufgehoben zu werden. Es genügt schlicht, auf deren Durchsetzung zu verzichten. Die USA ist sehr an einem dauerhaften Abkommen mit den Iranern interessiert. In Washington will man einen Konflikt mit dem Iran verhindern, fast zu jedem Preis. Den Amerikanern ist es wichtig, dass der Iran bis zum 20. Januar 2017, dem Zeitpunkt der Vereidigung des nächsten Präsidenten, keine Atomwaffen besitzt. Das ist Obamas' Verpflichtung, und er legt Wert darauf sie einzuhalten. An diesem Punkt könnten sich das amerikanische Interesse und die iranische Geduld überschneiden. Die Iraner haben ein langfristiges Ziel, und sie werden warten können. Das lohnt sich für sie. In der Zwischenzeit werden sie weitere Raketen bauen, die ihnen feindlich gesinnten Staaten destabilisieren, ihre Stellvertreter

aufrüsten, die weltweite Aufstellung der „Quds-Einheit“ ausweiten und vertiefen, die Opposition im Iran unterdrücken und – im Geheimen – an den Bestandteilen des atomaren Projekts weiterarbeiten.

Die großen Mineralölfirmen in den USA und in Europa sind sich der Bedeutung dieser Entwicklung bewusst. Bereits jetzt suchen sie auf diskreten Kanälen das Gespräch mit der iranischen Führung. Nach Ablauf des Interimabkommens werden sie bereits über Vertragsentwürfe zu Geschäften im großen Umfang verfügen, die dem Iran seine neue Position am Energiemarkt sichern werden. Die Politiker in Washington und in den Hauptstädten des Westens werden dem Druck der großen Firmen nicht standhalten können. Sobald das Interimabkommen ausläuft, wird das tatsächliche Sanktionsregime seine Wirkung endgültig verlieren. Zudem wird die isolationistische Stimmung in den USA dafür sorgen, dass die Senatoren, die die Sanktionen gegen den Iran aufrechterhalten möchten, allein dastehen – und schließlich möchten ja auch diese wiedergewählt werden.

Wenn die freie Welt heute eine wirkliche Führung hätte, würde diese sich die Frage stellen, ob eine islamische, religiöse und extremistische Supermacht nicht eine Gefahr für die westlichen Demokratien darstellt.

Was ist gemeint, wenn von schiitischer oder sunnitischer „islamistischer Expansion“ gesprochen wird? Welche Werte repräsentiert das Regime in Teheran eigentlich? Dieses Regime bringt allem, was uns teuer ist, tiefste Verachtung entgegen: Demokratie, Offenheit, Gleichberechtigung der Frau, unsere Kultur, unse-

re Lebensweise. Wenn dieser islamistischen Ideologie die Machtmittel einer Großmacht - Erdöl, Erdgas, Raketen – zur Verfügung stehen, welche aufgeklärte Kraft kann sie dann noch aufhalten?

70 Jahre sind vergangen, seit die Welt die furchtbaren Folgen der Verbindung einer Ideologie des Hasses mit militärischer und wirtschaftlicher Macht erlebt hat. Doch die Lehren sind nicht mehr präsent. Wer an der Heftigkeit des Hasses zweifelt, den das Regime in Teheran bei den Massen weckt, sollte sich die Fernsehbilder der Demonstrationen anschauen, die von den Revolutionsgarden gerade am Vorabend der Unterzeichnung des Genfer Abkommens organisiert wurden.

Die Juden waren die ersten Opfer des Nationalsozialismus gewesen, nicht die letzten. In israelischen Städten und Dörfern sind bereits Tausende kleine und größere Raketen niedergegangen, die der Iran gebaut und finanziert hat. Hunderte Israelis wurden in Stücke gerissen – von Sprengsätzen und Autobomben, die Stellvertreter des Iran in Israel zur Explosion brachten. Doch nicht nur wir haben Bedenken. Man frage die Christen und Sunniten im Libanon, die Regierungen der Golfstaaten, die Kurden und Belutschen.

Das Genfer Abkommen besiegelt das Schicksal Dutzender Millionen Menschen weltweit, auch in Europa. Das theokratische Regime in Teheran sollte gestürzt, nicht verwöhnt werden. Das iranische Volk, nicht seine Unterdrücker, sollten Anreize erhalten. Das iranische Volk sollte wissen, dass wenn es sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, ihm die westli-

chen Demokratien beim Aufbau eines neuen prosperierenden Iran zur Seite stehen werden. Es ist unmoralisch, die Demonstranten in Kiew zu ermutigen und dem iranischen Volk den Rücken zu zukehren. Letzteres hat nicht die Chance gehabt, den Präsidenten zu wählen, den es gewollt hat, sondern durfte nur aus einer Gruppe von Weggefährten des Religionsführers auswählen.

Israel wird sich zu verteidigen wissen und hat die Möglichkeiten seine Bürger gegen Atomwaffen zu schützen. Die Bürger der westlichen Demokratien sind es, die sich über die Folgen des Genfer Abkommens große Sorgen machen müssen.

General (Ret.) Dr. Ephraim Sneh ist Vorsitzender des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College. Arzt von Beruf, Facharzt für innere Krankheiten. Unter anderen Befehlsstellen in Israel Defense Forces, befahl er die Sicherheitszone im Südlibanon und war der Chef der Zivilverwaltung in der Westbank. Im Jahr 1988, nach seiner Pensionierung wurde er von Simon Peres und Yitzhak Rabin ernannt, die ersten Geheimverhandlungen mit der PLO zu führen. Während seiner 16 Jahre im israelischen Parlament (1992-2008) hat er folgende Funktionen ausgeübt: Gesundheitsminister, Minister für Verkehr, zweifach stellvertretender Minister für Verteidigung und Vorsitzender des Unterausschusses für Verteidigungsplanung und-politik.

Autoren:
Helit Barel

Dr. Ephraim Sneh

Übersetzer:

Andrea König (Text von Helit Barel, engl./dt.)

David Ajchenrand (Text von Dr. Ephraim Sneh, hebr./dt.)

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il

Verantwortlich:

Dr. Werner Puschra,

Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel